



Sozialdemokratische Partei
des Kantons Glarus

info@spglarus.ch

www.spglarus.ch

PC: 87-1562-0

An die Mitglieder und Sympathisanten der
SP Kanton Glarus

Protokoll zum Herbstparteitag

vom Freitag, 6. November 2020 um 19:30 Uhr
im Restaurant Schützenhof Näfels
Teilnehmende anwesend: 17
Entschuldigt: diverse
Absolutes Mehr: 9 Stimmen

Traktanden:

- 1. Begrüssung**
- 2. Traktandenliste und Wahl der Stimmenzählenden**
- 3. Parolenfassung zu den nationalen Abstimmungen vom 29. November 2020**
- 4. Memorialsantrag Glarner Gemeinden 2026**
- 5. Jahresberichte (Präsident, Fraktionspräsident, evtl. JUSO)**
- 6. Budget 2021**
- 7. Wahlen**
- 8. Mitteilungen**
- 9. Varia**

1. Begrüssung

Der Präsident begrüsst zum „tatsächlich stattfindenden“ Herbstparteitag. Die Corona-Bedrohungslage sei nicht absehbar und es sei fraglich, wie das politische Leben unter diesen Umständen weitergehen soll. Glücklicherweise seien politische Anlässe weiterhin möglich. Viele Leute, insbesondere Personen aus der Risikogruppe, hätten sich situationsbedingt entschuldigt. Sie würden vom politischen Geschehen ausgeschlossen. Aber das politische Leben bleibe nicht stehen, man müsse aktiv bleiben und als Partei Wege finden, um sich politische Meinungen zu bilden und sich weiterhin hörbar zu machen - halt mit Masken!

Entschuldigt: Nura Slongo, Nassim Isengger, Sarah küng, Jürg Grünenfelder, Martha und Hans Schegg, Silvia, Peter Meier, Käthi Meyer, Max Widmer, Arpad Baryani, Hansruedi Forrer

2. Traktandenliste und Wahl der Stimmenzählenden

Anwesend 17 Personen, absolutes Mehr 9 Stimmen. Stimmenzähler Osman Sadiku.

Werner stellt den Antrag Trakt. 4 zu verschieben, weil zu viele Personen situationsbedingt ausgeschlossen seien.

- ☐ Diskussion soll unter entsprechendem Traktandum geführt werden.

3. Parolenfassung zu den nationalen Abstimmungen vom 29. November 2020

„Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten“

Sabine Steinmann plädiert für Zustimmung zur Initiative (GSOA). Diese untersage Institutionen wie der AHV, Pensionskassen und Banken, Anlagen bei Unternehmen zu tätigen, die mehr als 5% ihres Jahresumsatzes mit Kriegsgütern (auch Zulieferer) erwirtschaften. Sabine entkräftet Argumente der Gegner mit Zahlen aus dem Finanzwesen, ethischen Argumenten (u.a. der traditionell wichtigen Rolle der CH) und betont dabei, dass ein neutraler und reicher Staat wie die Schweiz, Verantwortung tragen und nicht mit Staatsgeld Gewinne mit Leid verursachenden Investitionen erzielen dürfe. Diese Initiative erhöhe die Transparenz auf dem Schweizer Finanzmarkt und sei ein Beitrag zu einer friedlicheren Welt.

Abstimmung: 16 JA-Stimmen, 1 Enthaltung

„Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt“ (Konzernverantwortungsinitiative)

Sämi Zingg stellt die Initiative vor und beantragt Zustimmung.

Grundsatz des Anliegens sei, wer Schaden anrichte, müsse dafür gerade stehen. Das gelte beispielsweise auch für Tochterfirmen, die sich im Ausland nicht an die Regeln halten. Der Initiativtext sei offen ausformuliert, das Parlament arbeite das Gesetz in der Folge entsprechend aus. KMUs seien, im Gegensatz zu den gegnerischen Behauptungen, nur dann betroffen, wenn sie im entsprechenden Hochrisikogeschäft tätig seien. Es sollen Umweltstandards und Menschenrechte eingehalten werden. Aus welchem Grund sollte man gegen diese Anliegen sein? Es bleibe dabei, dass Geschädigte einen Schaden beweisen müssen. Die befürchtete Klageflut würde kaum eintreffen, da Sammelklagen im Schweizer Rechtswesen nicht möglich seien.

Abstimmung: einstimmige Unterstützung der Ja-Parole.

4. Memorialsantrag Glarner Gemeinden 2026

Die nachfolgenden zwei Anträge von Jacques Kamm und Jacques Fehr sind zuhanden der heutigen Versammlung eingegangen. Sie nehmen coronabedingt nicht teil.

Antrag schriftlich eingegangen von Jakob Fehr, Oberurnen:

Ich würde mit der Einreichung abwarten, bis wir den Vorschlag in der Tiefe diskutieren können. Auch müssten wir zuerst über die Landsgemeinde diskutieren, die für die Gemeinden die übergeordneten Gesetze schafft. Im Moment sind wir auf Kantonsebene, wie auch auf Gemeindeebene, blockiert können also keine Entscheide treffen, dies ruft nach einer Lösung.

Antrag schriftlich eingegangen von Jacques Kamm, Mollis

Trakt.4 «Memorialsantrag Glarner Gemeinen 2026» sei abzulehnen.

Begründung:

Eine wissenschaftliche Untersuchung der letzten Jahre zeigt, dass die Glarner Stimmbeteiligung im Durchschnitt bei eidgenössischen Vorlagen bei 39%, an der Landsgemeinde bei 10% und an den Gemeindeversammlungen zwischen 3-6% lag. Bei der Landsgemeinde war es bedeutend weniger als man es bisher mit 20-30% vermutet hatte. Die Glarner Stimmberechtigten sind leider stimmfaul und das lässt sich nicht mit einer Reform des politischen Systems der Gemeinden ändern.

Solange wir auf kantonaler Ebene die Versammlungsdemokratie haben, können wir doch nicht auf Gemeindeebene diese abschaffen und durch ein Gemeindeparlament mit einem fakultativen Referendum mit Urnenabstimmung ersetzen. Im Kanton keine Urnenabstimmungen, dafür in den Gemeinden. Das passt doch nicht zusammen, wird von niemanden verstanden, ist mit der Stadt Chur nicht vergleichbar und ist auch nicht mehrheitsfähig. Bei einem solchen System wird sich die Bevölkerung noch mehr von der Gemeindepolitik verabschieden. Die Stimmberechtigten können noch alle 4 Jahre den Gemeinderat und das Gemeindeparlament wählen und zu allen andern Gemeindegeschäften haben sie nichts mehr zu sagen. Machen wir uns nichts vor, ein solches System bevorzugt vor allem die bürgerlichen Parteien, sicher nicht die SP. Gerade die Versammlungsdemokratie bietet unserer kleinen Partei immer wieder eine Chance unseren Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen.

Mich ärgert es heute, dass wir bei der Gemeindestrukturereform das Gemeindegesetz bezüglich der politischen Strukturen so offen formuliert haben. Das führte dazu, dass jede Gemeinde ein anderes System wählte. Von der Grösse her aller Gemeinden ist für mich ein System mit Gemeindeversammlung, Gemeindeparlament und Gemeinderat verhältnismässig und zeitgemäss. Dieses System wählte GL-Nord. Statt eine dringende Neuregelung der Zuständigkeiten der 3 Ebenen zu machen, wurde das Parlament als zu teuer und überflüssig abgeschafft. Ein grosser Fehler!

Die Gemeinden könnten dieses System ohne kantonale Gesetzesänderungen sofort einführen, wenn sie das wollen. Ob die SP allen Gemeinden per Memorialsantrag auf Änderung des Gemeindegesetzes dies verordnen will, müsste diskutiert werden.

Ich empfehle dem Parteitag den «Memorialsantrag Glarner Gemeinden 2026» abzulehnen.

Vorgehen: Diskussion, ob behandeln oder nicht. Anschliessend Abstimmung.

Der Präsident führt aus, wie der Memorialsantrag zustande gekommen ist. Dabei handelt es sich um das Ergebnis einer Soirée vor ca. 2 Jahren, an welcher der Konsens bestand, dass eine Veränderung notwendig sei, damit die politischen Rechte weiterhin gewahrt blieben. Insbesondere wurden die Gemeindeversammlungen mit ihrer sehr schwachen Beteiligung angeführt. Die Grundidee wurde im Bewusstsein formuliert, dass es sich dabei um einen revolutionären Antrag handelt. Der Antrag wurde in der Folge an Versammlungen oder in Maildiskussionen thematisiert und verschoben.

Wortmeldungen:

Kaspar Marti ist für Eintreten. Es handle sich um eine lange Geschichte und man könne noch mehrmals darüber diskutieren. Der erste Schritt würde kaum gelingen, aber der 2. Schritt wäre nicht in weiter Ferne. Die Diskussion müsse geführt und von der SP lanciert werden.

Thomi Kistler ist entgegen seiner Haltung vor einem Jahr nun für Eintreten. Gerade die Coronakrise führe die Handlungsunfähigkeit der direkten Demokratie mit Versammlungen vor Augen. Jetzt brauche es Alternativen, andere Ebenen, die entscheiden könnten. Der

Antrag sei unbedingt heute zu behandeln.

Sabine Steinmann möchte nicht heute diskutieren, da zu wenig Leute anwesend seien. Die SP sollte einen solchen Antrag zur Abschaffung der Gemeindeversammlung nicht im Alleingang einreichen, da ein sehr unpopulärer Eindruck der SP entstehen könne.

Kurt Rhyner fragt, welches das Ziel des Anliegens sei. Wenn ein radikales, dann ja. Wenn eine Chance bestehen soll, das Anliegen durchzubringen, sei ein anderes Vorgehen zu wählen. Es sei also eine Frage der Taktik.

Markus Heer unterstützt das Anliegen im Grundsatz, da heute aber verdiente, wichtige Mitglieder nicht anwesend sein könnten, soll die Behandlung des Memorialsantrages aus formellen Gründen verschoben werden. Es gehe dabei um die Zusammengehörigkeit in der Partei.

Christoph Zwicky will behandeln. Die Krise beweise, dass unter gewissen Umständen keine Demokratie mehr möglich sei. Man müsse zeitnah entscheiden.

Hansjörg Schneider findet die Idee grundsätzlich gut. Aber die Abstimmung an der GV in Glarus habe gezeigt, was Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von der Urnenabstimmung halten, würden, die hoch abgelehnt wurde. Eine Diskussion über die Verkleinerung des Gemeinderates laufe in Glarus. Er würde noch ein Jahr zuwarten.

Chrigel Büttiker würde vorwärts machen. Damit die Demokratie wieder lebhafter und besser würde und stellt den Antrag, die Behandlung bis spätestens in 6 Monaten aufzuschieben. Zudem brauche es sprachliche Anpassungen, es gehe nicht primär um die Abschaffung der Gemeindeversammlung, sondern um Anpassung des Systems.

Markus Heer unterstützt den Kompromissantrag.

Osman Sadiku stimmt dem ebenfalls zu.

Sämi Zingg ist grundsätzlich skeptisch. Man stehe am Anfang eines Prozesses und es müsse eine Diskussion angeregt werden, ansonsten das Anliegen als Gefahr wahrgenommen, Angst und Abwehr auslösen könne. Die Haltungen innerhalb der Partei würden weit auseinander gehen, aber der Diskurs müsse lanciert werden. Es gäbe auch zu wenige starke, politische Persönlichkeiten.

Chäschi Marti: Das Thema wurde verschiedentlich diskutiert. Das Wording sei anzupassen, das fakultatives Referendum herauszuheben, die Organisation der Gemeinderäte zu thematisieren, die Basisdemokratie zu fördern.

Markus Heer: es brauche noch sehr viel Diskussion. Aufgrund der Wichtigkeit des Projektes sei es nochmals an einem Anlass wie Matinee oder Soiree zu behandeln.

Christoph Zwicky: beantragt heute Eintreten zu beschliessen und zu einem späteren Zeitpunkt eine 2. Lesung durchzuführen.

Jacques Marti: schlägt vor, den Antrag in Vernehmlassung zu geben (an alle SP-Mitglieder) und in einem halben Jahr, an einem Halbtagesanlass, die definitive Form zu bestimmen.

Als Strategie: Anliegen durchsickern lassen mit dem richtigem Wording *Demokratie stärken*.

Mit diesem Vorschlag sind alle Anwesenden einverstanden.

5. Jahresberichte (Präsident, Fraktionspräsident, evtl. JUSO)

Jahresbericht des Präsidenten Jacques Marti:

Grundsätzlich sei das Jahr 2020 politisch langweilig gewesen, ein Jahr vor und nach den Wahlen. Keine Landsgemeinde, kein politischer Betrieb.

Nullbericht des Präsidenten sei zu genehmigen.

Jahresbericht des Fraktionspräsidenten Chrigel Büttiker:

Es haben 11 Landratssitzungen und 11 Fraktionssitzungen stattgefunden. Es hätte viel Arbeit in den Kommissionen gegeben. Die Fraktion habe vom RR viel gefordert und zahlreiche Vorstösse eingereicht. Zudem hätten zahlreiche Vernehmlassungen stattgefunden und es seien immer wieder Leute für das Verfassen der SO-Politikolumne zu motivieren gewesen. Das Format würde auch den SP-Mitgliedern offenstehen. Hansruedi Forrer wurde glanzvoll zum Landratspräsidenten gewählt. Das Coronajahr verhinderte seine Wahl im üblichen Rahmen zu feiern, stattdessen lud der neu gewählte Landratspräsident, Landrätinnen, Landräten und die GL zu einer kleinen Feier in Schwanden ein. Obwohl der Hauptteil der Aktivitäten wegfallen, sei Hansruedi immer noch sehr beschäftigt in diesem Amt.

Zukunft: Am 14.11.20 würde eine erweiterte Fraktionssitzung stattfinden, wozu 18 Anmeldungen vorlägen. Thema: *wir müssen reden und wie kommen wir an Basis?*

2022 finden Landratswahlen und Richterwahlen statt.

Die Fraktion versuche immer Präsenz im Landrat zu markieren und äussert sich an allen Landratssitzungen. 2, 3 Rednerinnen und Redner seien diesbezüglich noch zu fördern. Herzlichen Dank an Fraktion für ihre Arbeit.

Thomi Kistler betont, dass Chrigel Büttiker ein Super-Fraktionspräsident sei und sehr grosse Arbeit leiste. Die Fraktion sei ihm sehr dankbar für das riesige Engagement. **War Thomi oder?**

Im Namen der Partei grossen Dank an Chrigel, der sei sehr wichtig ist für unsere Partei.

Anmerkung aus der Versammlung: die Homepage sei unbedingt aktuell zu halten und Infos gemeldet und aufgeschaltet werden (wie. Beispielsweise der heutige Parteitag).

6. Budget 2021

Mitgliederbeiträge: Reni Grassi beantragt namens der SP Glarus Nord) Fr.10.00 / Mitglied des Jahresbeitrages an die Sektionen weiterzuleiten.

Abstimmung: 16 Ja, 1 Enthaltung

Budgetierter Gewinn 2021: Fr. 1900.00.

Das Budget wird einstimmig genehmigt.

7. Wahlen

Rücktritte aus der Geschäftsleitung:

Sarah Küng tritt nach 2 Jahren aus der GL zurück. Ihr Mitwirken wird verdankt.

Nach ca. 10 Jahren tritt Reni Grassi Slongo zurück. Ihr vielseitiges Engagement wird gelobt. Sie sei immer dort gewesen, wo es was zu tun gab. Das Landsgemeindebeizli „SP bi dä Lüt“, die Landsgemeindezeitung waren ihre Projekte in der GL. Sie wird mit anerkennenden Worten verdankt und ihr Tun mit Übergabe eines Gutscheines und eines Blumenstrausses gewürdigt.

Zur Wahl in die Geschäftsleitung stellen sich Priska Grünenfelder und Lukas Tschudi.

Priska Grünenfelder aus Näfels war GR Kandidatin 2020 in Glarus Nord, 2019 kandidierte sie für den Nationalrat. Sie habe den Wunsch, teilzunehmen an den Entscheiden der SP, zu diskutieren, mehr Einsicht in das Geschehen der Kantonalpartei zu haben, am politischen Leben der SP mitzuwirken.

Lukas Tschudi ist in Mollis wohnhaft und in Männedorf aufgewachsen, hat sein Geschäft für Bürobedarf in Ennenda. Er sei sehr interessiert an der GL -Arbeit, er wolle politisch aktiv werden, etwas bewegen, mitgestalten.

Die beiden werden einstimmig mit Applaus gewählt.

8. Mitteilungen

Priska Grünenfelder hat einen guten Wahlkampf für den Gemeinderatsersatzwahl geführt. Leider hat es nicht gereicht. Es sei wichtig als SP hinzustehen! Herzlichen Dank an Priska für ihren grossen Einsatz für die SP.

RR Rolf Widmer tritt per LG 2021 zurück und wechselt vom GLKB- VR in die operative Ebene.

Sektionspräsidien haben den Auftrag bis Ende Monat, mögliche Kandidaten und Kandidatinnen der GL zu melden. Die SP soll die Ersatzwahl für sich nutzen. Kandidierende sollen an der Parteiversammlung vom 9. Dezember 2020 nominiert werden. Der Wahltermin ist voraussichtlich am 7.3.21.

SP Schweiz: Mattea Meier, Cedric Wermuth sind ins Präsidium der SP Schweiz gewählt worden und haben ihren Besuch bei der SP Glarus angekündigt.

9. Varia

Kurt Rhyner: verteilt Unterschriftenkarten für die Steuerinitiative, in der es darum geht, Bundessteuer auf Finanztransaktionen zu erheben. Diese Steuer soll die Bundessteuer ersetzen. Weitere Infos unter <https://mikrosteuer.ch>. Die Unterschriftensammlung läuft.

Schluss der Sitzung 21.15 h

Protokoll Reni Grassi